

Das duale System der Berufsausbildung ist zukunftsfähig

Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit bringt Entspannung

■ Deutschland verfügt über ein attraktives und qualitätsorientiertes Berufsbildungssystem. Modern ist dieses System, weil es eine nachhaltige Innovationsfähigkeit aus der Dualität der Lernorte Betrieb und Schule schöpft. Unternehmen, die im internationalen oder regionalen Wettbewerb bestehen müssen, wissen ganz genau, dass sie auf einen hoch qualifizierten motivierten Nachwuchs angewiesen sind. Gleiches gilt für Verwaltungen und Dienstleister. Diese in vielen Bereichen funktionierende duale Berufsausbildung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es gravierende Probleme bei der flächendeckenden und auswahlfähigen Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für alle Jugendlichen gibt. Es ist keinesfalls übertrieben, von einem regelrechten Problemstau zu sprechen. Schon seit vielen Jahren müssen zusätzlich erhebliche Anstrengungen unternommen werden, sich einer statistisch ausgeglichenen Bilanz am Lehrstellenmarkt zu nähern. Bei einer Analyse müssen zwei zentrale Problemfelder herausgestellt werden.

1. Ausbildungssystem und Arbeitsmarkt sind gegenwärtig nicht in der Lage, ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen. Bereits der oder die Auszubildende werden von Handwerk, Mittelstand und Industrie einer betriebswirtschaftlichen Prüfung unterzogen. Aus politischer Sicht scheinen dabei die Kriterien allerdings oft zu kurzatmig formuliert. Kostenfaktor und Arbeitsleistung, Ressourcenbindung und Zeitmanagement müssen sich für das Unternehmen lohnen. Neuorientierungen, Umstrukturierungen und Veränderungen in der Arbeitsorganisation haben zwangsläufig dazu geführt, dass auch der Bereitstellung und Durchführung von Ausbildung mehr Aufmerk-

samkeit und kritische Begleitung gewidmet wird, als das noch vor einigen Jahren der Fall war. Im Ergebnis ist ein Rückgang von Ausbildungsplätzen die Folge. Politische Appelle, die sich an die Verantwortung von Unternehmen richten und darauf hinweisen, dass auch Unternehmen eine gesellschaftliche Verpflichtung gegenüber der jungen Generation haben und diese Jugendlichen das wirtschaftliche Potential unseres Landes ausmachen sollen, können nur in Verbindung mit den genannten betriebswirtschaftlichen Kriterien zu einer positiven Entscheidung für eine Bereitstellung von Ausbildungsplätzen führen.

2. Bei der Bereitstellung qualifizierter Ausbildungsplätze gibt es deutliche regionale Unterschiede. In Ostdeutschland kann man bei nüchterner Betrachtung kaum von einem funktionierenden dualen System der Berufsausbildung sprechen. Fehlende bzw. unterbrochene Traditionen eines solchen Ausbildungsverfahrens und der anhaltende desolate Zustand der ostdeutschen Wirtschaft sind noch immer schlechte Voraussetzungen für einen ausgeglichenen Ausbildungsmarkt, der doch eigentlich Voraussetzung für mehr wirtschaftliche Dynamik und den notwendigen „Aufschwung“ sein sollte. Stattdessen hält die Abwanderung qualifizierter Ausbildungsplatzbewerber an. Die ostdeutschen Länder unternehmen selbst und gemeinsam mit dem Bund enorme Anstrengungen, die Ausbildungslücke zu schließen.

Die Folge dieser Probleme ist es, dass besonders lernschwächere, benachteiligte und ausländische Jugendliche unter erheblichen Druck geraten. Wenn selbst für gute Realschüler 30 bis 40 Bewerbungen keine Seltenheit sind, wird deutlich, wo die dramatischen Probleme liegen. Natürlich liegt die Berufsausbildung zunächst in der Verantwortung der Unternehmen, Verwaltungen und der übrigen Bildungsträger. Im Mittelpunkt staatlichen Handelns können aber nicht nur Appelle stehen, sondern es muss auch um konkretes, zielorientiertes Handeln gehen. 1998 hat es eine Steigerung bei den Vertragsabschlüssen gege-



STEPHAN HILSBURG, MdB
Bildungspolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Sofort- programm gibt Jugendlichen neue Chance

ben, die ein Erfolg der Betriebe und Unternehmen, aber auch von Wirtschaftsverbänden, Kammern und der Bundesanstalt für Arbeit und deren Aktivitäten für mehr Ausbildungsplätze war. Dennoch konnte auch im vergangenen Jahr keine ausgeglichene Ausbildungsplatzbilanz erreicht werden. Zusätzlich darf man diejenigen Jugendlichen nicht vergessen, die sich in den so genannten berufs- und ausbildungsvorbereitenden Warteschleifen befinden. Wenn es richtig ist, dass eine gute Ausbildung erst mit einem Wechsel in die Arbeitswelt ihr wirkliches Ziel erreicht hat, muss auch der Bereich der Jugendarbeitslosigkeit einbezogen werden.

Mit dem Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit haben Bundesregierung und Koalitionsfraktionen den Jugendlichen wieder eine Chance gegeben, die seit Jahren als „Bugwelle“ starker Jahrgänge und als Folge des Reformstaus im dualen System ohne ausreichende Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten geblieben waren. Die gegenwärtigen Zahlen über die Inanspruchnahme des Maßnahmenpakets sind außerordentlich erfreulich und zeigen den Erfolg der Anstrengungen. Seit Mitte Januar 1999 sind alle jungen Arbeitslosen und nicht vermittelten Bewerber um eine Ausbildungsstelle unter 25 Jahren, das sind insgesamt über 500.000 junge Menschen, angeschrieben worden. Als Ergebnis von Einzelgesprächen, Telefonaktionen und Gruppeninformationen konnte bis Ende Mai 361.800 jungen Menschen ein konkretes Angebot unterbreitet werden. Eine Maßnahme angetreten haben bereits 141.800 Jugendliche, wobei der Frauenanteil 41,5% beträgt, 12,6% sind Ausländerinnen und Ausländer, Behinderte waren mit 2,9% und Benachteiligte mit 17,2% vertreten. Demgegenüber stehen lediglich knapp 50.000 Ablehnungen von Angeboten, für die es in fast allen Fällen gute Gründe gibt, wie z.B. Aufnahme eines Studiums oder einer schulischen Ausbildung, Bundeswehr, Zivildienst oder auch die Zusage einer Wiedereinstellung.

Hinter diesen nüchternen Zahlen stehen junge Männer und Frauen, die nach der Schule bisher vergeblich auf eine Chance auf Ausbildung oder Arbeit gewartet haben, die sie für ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration in unserem Land doch aber dringend brauchen. Das Sofortprogramm hat sich somit auch nicht „als neuerlicher PR-Gag der Schröder-Mannschaft“ entpuppt, wie es Jürgen W. MÖLLEMAN in einem Interview in dieser Zeitschrift glauben machen will (vgl. BWP 3/99, S. 3 – die Red.). Im Gegenteil: Die vielen Möglichkeiten des Programms bedeuten neue Chancen für jeden Einzelnen. Deshalb wird dieses Sofortprogramm verstetigt werden, bis es eine nachhaltige Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt und bei den Beschäftigungschancen junger Menschen gibt.

Für die mittelfristige Sicherung eines ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplatzangebots sind weitere durchgreifende Reformen notwendig, die mit Priorität folgende Zielstellungen im Blick haben:

- bessere Vorbereitung der Schüler allgemein bildender Schulen auf den Übergang in eine Berufsausbildung,
- Verstärkung der systematischen Aktivitäten zur Früherkennung des Qualifikationsbedarfs,
- rasche Modernisierung, Differenzierung und Flexibilisierung der Ausbildungsberufe,
- Entwicklung neuer Berufe in wachsenden und innovativen Beschäftigungsfeldern,
- individuelle Differenzierung und Brücken in die Weiterbildung durch Zusatzqualifikationen,
- Sicherung und Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten in allen zukunftsfesten Tätigkeitsbereichen – auch mit dem Ziel, weitere betriebliche Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche mit schlechteren Startchancen zu schaffen,
- Weiterentwicklung der Konzepte zur Förderung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen und Senkung des Anteils der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss.

Darüber hinaus verfolgen Bundesregierung und Koalitionsfraktionen das Ziel, im Bündnis für Arbeit verbindliche Absprachen über eine Sicherung des Ausbildungsplatzstellenangebotes und die beschriebenen mittelfristig notwendigen Reformen zu seiner nachhaltigen Sicherung gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften zu vereinbaren. Zur Verbesserung der Ausbildungssituation haben die Bündnispartner bereits im Januar Maßnahmen für das Jahr 1999 und eine Reihe flankierender Aktivitäten verabredet.

Die weitere Modernisierung der beruflichen Bildung und die Sicherung von Ausbildungsplätzen müssen aber auch im weiteren Kontext der Haushaltspolitik der Bundesregierung und ihrer Prioritätensetzung gesehen werden. Mit der Rückführung der Nettokreditaufnahme und der allgemeinen Konsolidierung des Bundeshaushaltes wird einer wachsenden Schuldenlast entgegengewirkt, die zuerst die junge Generation zu tragen hätte. So wird Abschied von einer Politik genommen, die aus populistischen Gründen finanzielle Verantwortung in die Zukunft verschoben hat. Neben dieser finanzpolitischen Konsolidierung setzt die Bundesregierung dennoch Schwerpunkte im Bereich Bildung und Forschung und damit in den Politikfeldern, die langfristig zu einer Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit unseres Landes beitragen und so auch jungen Auszubildenden neue Chancen und Perspektiven für ihr Arbeitsleben eröffnen.

Setz dich mal **dahin**, ich klär' dich jetzt auf.

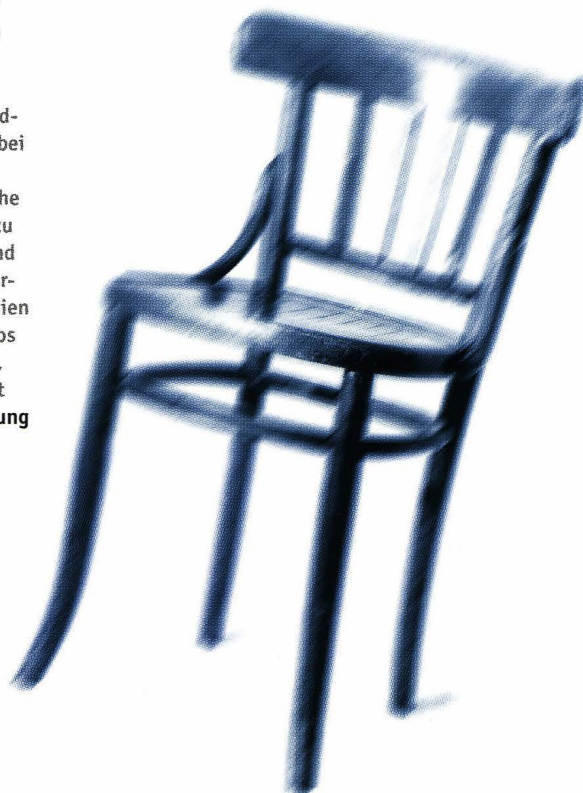
Schön wär's, wenn es so ginge.
Und schrecklich wär's.
Denn „Aufklärung“ ist kein
abzuwickelndes, einmaliges Ereignis.
Sexualität, Partnerschaft, Verhütung,
Rollenkonflikte und sexuelle
Orientierung sind Themen,
die Pädagoginnen und Pädagogen immer
wieder fordern. Dabei
geht es oft gar nicht darum,
„Sexualaufklärung zu betreiben“,
sondern sexualpädagogische
Fragestellungen und Methoden in
die alltägliche Arbeit in der
Beratungsstelle oder Schule
einzubeziehen.

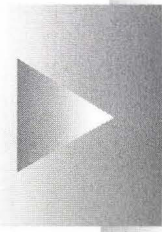
...

Die Bundeszentrale für gesund-
heitliche Aufklärung bietet dabei
Unterstützung an und hält
Materialien für unterschiedliche
Zielgruppen, Informationen zu
Fortbildungsmöglichkeiten und
sozialwissenschaftliche Hinter-
grunddaten bereit. Welche Medien
zur Sexualaufklärung kostenlos
bei der BZgA erhältlich sind,
erfahren Sie in der Übersicht
„Materialien zur Sexualaufklärung
und Familienplanung“,
zu bestellen bei der
BZgA, 51101 Köln oder im
Internet unter [http://www.
bzga.de/sexualaufklaerung](http://www.bzga.de/sexualaufklaerung)



Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung





Outsourcing – Auswirkungen auf die berufliche Ausbildung

Das Thema in der wissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskussion

■ Immer mehr Betriebe suchen im Outsourcing, das heißt in der Auslagerung von Geschäftsbereichen oder Dienstleistungen, neue Strategien, um sich Vorteile am Markt, Kostenentlastung, eine klare kundenorientierte Profilbildung usw. zu verschaffen. Welche Auswirkungen sich daraus für die Berufsausbildung ergeben, wird im folgenden Beitrag auf der Grundlage einer ersten Untersuchung des BIBB dargestellt.

Outsourcing ist nur eine der vielfältigen Unternehmensstrategien im Bereich der Arbeitsorganisation. Als weitere wären beispielhaft zu nennen Zusammenschlüsse von Unternehmen oder Fusionen, Aufspaltungen von Unternehmen aus steuerrechtlichen Gründen, virtuelle Unternehmensbeziehungen im Dienstleistungsbereich, Veränderungen in der Aufbauorganisation durch ‚Reengineering‘ von Geschäftsprozessen, ‚Lean Management‘ oder die Einrichtung von Produktionsinseln. Da diese Strategien häufig nicht in Widerspruch zueinander stehen, treten sie in der Regel nicht einzeln auf, sodass Auswirkungen von Veränderungen im Bereich der Personalqualifizierung nicht allein auf das hier untersuchte Outsourcing, sondern auf das gesamte Bündel unternehmensstrategischer Maßnahmen zurückzuführen sind.

Im Rahmen der beruflichen Bildung wurde das Thema ‚Outsourcing und Auswirkungen für die berufliche Bildung‘ erstmals 1996 aufgegriffen.¹ Im Vordergrund dieser Erörterungen standen die neuen Qualifikationsanforderungen und der neue Qualifikationsbedarf, der einerseits in den ausgegliederten (Dienstleistungs-)Firmen entstehe (Trend zu weitgehender Spezialisierung mit Auswirkungen auf das Berufskonzept), andererseits ging es um die Qualifikationsanpassungen in den verbleibenden Kernbereichen des Unternehmens, die die anerkannten Ausbildungsberufe noch nicht vollständig abdecken können. Für die auf einer mittleren Qualifikationsebene ausgebildeten Facharbeiter und Fachangestellten werden dabei sich verschlechternde Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten vermutet, da sie mit ihrer Berufsausbildung auf diese neuen Entwicklungen nur unzureichend vorbereitet seien. Weiterbildungsangebote, die auf die Behebung dieser Defizite ausgerichtet sind, fehlten noch weitgehend. Auch im Bereich der beruflichen Erstausbildung werden Versorgungsprobleme angeführt, die sich daraus ergeben könnten, dass durch die Ausgliederung von Geschäftsbereichen der betriebliche Teil einer Berufsausbildung nicht mehr im vorgeschriebenen Umfang vermittelt werden könne.



KLAUS SCHÖNGEN

Diplomvolkswirt, wiss. Mitarbeiter im Arbeitsbereich „Forschungs- und Dienstleistungsplanung, Berufsbildungsbericht, <Task Force>“ im BIBB, Bonn